

X WN 8.1.19 9.8

FDP: Landes-Generalsekretärin Skudelny springt als Rednerin beim Kleinen Dreikönigstreffen ein / Kreisfraktionssprecherin Felden: „Region im Verkehrsinfarkt“

Gegen „Alarmismus“ und Abmahnvereine

GROSSACHSEN. Michael Theurer lasse sich entschuldigen, sagt Judith Skudelny und liefert gleich den Grund für die Absage des FDP-Landesvorsitzenden. „Er setzt sich schon lange für nachfolgende Generationen ein“, sagt sie über den frisch gebackenen Vater und ergänzt grinsend: „Im letzten Jahr sogar besonders aktiv.“ Beim Kleinen Dreikönigstreffen der Hirschberger Liberalen, erklärt Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier, hat der ursprünglich geladene Redner nämlich sein zwei Tage altes Söhnchen und dessen Mutter aus dem Krankenhaus abgeholt.

Falsches Signal beim Plastikmüll

Die Besucher in der gut besuchten Alten Turnhalle haben dafür Verständnis. Jetzt warten sie erst mal ab, ob die spontan als Rednerin eingesprungene Skudelny nun auch den Biss hat, der bei den Veranstaltungen zum Jahresbeginn traditionell erwartet wird. Die Generalsekretärin der Landes-FPD bleibt bei ihrem Kernthema, der Umweltpolitik, und geißelt erst mal den „Alarmismus“, mit dem im vergangenen Jahr berichtet wurde.

Die Plastikflut im Meer? Stammt zum Großteil aus neun Flüssen, die jedes Jahr zehn Millionen Tonnen Plastik in den Ozean spülen, Folge



Landesgeneralsekretärin Judith Skudelny sprang beim Kleinen Dreikönigstreffen in der Alten Turnhalle in Grossachsen für den Landesvorsitzenden Michael Theurer ein. Unser Bild zeigt Skudelny beim Eintrag ins Goldene Buch der Gemeinde. Links Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier und rechts Fraktionssprecher Oliver Reisig.

BILD: THOMAS RITTELMANN

nicht existenter Müllabfuhr-Systeme in Schwelkenländern. „Und was macht die EU?“, fragt sie und gibt auch gleich die Antwort: „Verboten Plastikstrohhalm.“

Der CO₂-Ausstoß? Deutschland stelle ein Prozent der Weltbevölkerung und sei für drei Prozent der Emissionen verantwortlich. Hierzu-

lande werde das Problem auch beim Feinstaub mit Grenzwerten angegangen, „dazu muss man wissen, je höher der Grenzwert ist politisch“. Und führe im Falle der Diesel-Halter zu einer kalten Enteignung.

Das Thema Fahrverbote in den Städten nimmt in der anschließenden Diskussionsrunde breiten

Raum ein, doch die Runde spendet einträchtig Beifall, als Skudelny erklärt: „Die Menschen sind auf die Fahrzeuge angewiesen. Sie können sich nicht einfach neue kaufen wie Ministerpräsident Kretschmann.“ Bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hat sich die Rednerin endgültig warmgelaufen, ist sicher, dass man dem „Abmahnverein“ nur beikommen könne, indem man das europaweite Verbandsklagerecht ändere. Mittlerweile seien 150 Kommunen von Klagen bedroht, während die DUH „traumhafte Renditen“ von 14 Prozent erwirtschaftete und in „Propaganda und Angstkampagnen“ stecke.

Beim Klassiker, den Freiheitsrechten, angekommen, redet sich die Bundestagsabgeordnete in Rage, es geht um die geplante Kameratüberwachung in Stuttgart. Kennzeichen, Fahrtrichtung und mittels Gesichtserkennung würden auch die Fahrer ermittelt, die Daten gespeichert und an die Kommunen weitergeleitet. Nicht nur der Eingriff in Persönlichkeitsrechte, sondern auch der Wust an Bürokratie erobert Skudelny: „Das wird ein Milliardengrab.“ Weil die Technik in ein paar Jahren ohnehin so weit sei, dass alle derzeit gängigen Grenzwerte unterschritten werden könnten. Am Ende watscht sie noch die CDU kräftig ab,

hält die personelle Erneuerung für unvollständig und urteilt über die neue Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer: „Wirtschaftspolitisch weit links von Merkel, gesellschaftspolitisch konservativ bis reaktionär.“

Und dann ist da noch der Straßenverkehr: Lieber mehr Umgehungsstraßen bauen, keine Verbote, sonst würden Fahrzeuge noch im Stau CO₂ ausstoßen.

Für Verbindungsstraße

Damit schließt sich inhaltlich der Kreis, den schon Vorrednerin Claudia Felden gezogen hat. „In der Metropolregion“, sagt die Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion, „sind wir bereits mitten im Verkehrsinfarkt.“ Staus, die Tatsache, dass sich Wege über die A 6 dramatisch in die Länge ziehen, würden zum Wirtschaftsfaktor. Für Hirschberg scheidete letztes Jahr ein Vorstoß ihrer Fraktion, 100 000 Euro im Haushalt einzustellen, um eine Lösung für das Großachsen-Verkehrproblem zu finden. Unter anderem Evi Pfeiferle (SPD) und Christian Würz (CDU) gehörten zu den Gegnern des Antrags: „Ich hätte sie heute Abend gerne mal gefragt, warum.“ Doch sie sind nicht da, und so erklärt Felden: „Wir werden weiter für eine Kreisverbindungsstraße kämpfen.“